

## V1 Demokratie? Demokratie! Für mehr Mitbestimmung in Brandenburg!

Antragsteller\*in: Ricarda Budke  
Tagesordnungspunkt: 3.2. Verschiedenes  
Thema: Demokratie

- 1 Die GRÜNE JUGEND BRANDENBURG stellt fest, dass in den letzten 25 Jahren  
2 lediglich ein Volksbegehren die formalen Bedingungen erreichen konnte. Und das  
3 trotz mehr als 40 Initiativen mit diesem Ziel. Die Hürden für den Erfolg eines  
4 Volksbegehrens sind in Brandenburg so hoch wie in sonst kaum Bundesländern. Das  
5 zeigt, dass die geringen Erfolge der direkt-demokratische Beteiligung auch mit  
6 den Bedingungen, vor denen engagierte Bürger\*innen stehen, zusammenhängen.
- 7 Daher fordert die GRÜNE JUGEND BRANDENBURG eine Absenkung dieser Hürden und mehr  
8 Möglichkeiten zur Mitbestimmung für die Bevölkerung. Wir wollen:
- 9 1.) Volksinitiativen vereinfachen
- 10 Die GRÜNE JUGEND BRANDENBURG  
11 -fordert, dass die Überschrift und die Kernforderungen einer Initiative auf dem  
12 Unterschriftenbogen ausreichen, wenn der vollständige Wortlaut des  
13 Gesetzesentwurfes beiliegt. Andernfalls werden Volksinitiativen zu unsachgemäßer  
14 Verkürzung des Sachverhalts gezwungen.  
15 - fordert eine Absenkung des Mindestalters auf 14 Jahre  
16 - begrüßt, dass für die Unterschrift keine deutsche Staatsbürgerschaft notwendig  
17 ist.
- 18 2.) Volksbegehren und Volksentscheide erleichtern
- 19 Die GRÜNE JUGEND BRANDENBURG fordert  
20 - die Einführung der freien Unterschriftensammlung bei Volksbegehren. Wenn diese  
21 nur auf Ämtern und per Briefwahl unterschrieben werden können, verbannt das die  
22 Demokratie aus dem alltäglichen und öffentlichen Leben und schafft unnötige  
23 Schwierigkeiten bei der demokratischen Teilhabe der Bürger\*innen.  
24 - auch die Zulassung von Volksbegehren, die sich auf den Landeshaushalt  
25 auswirken. Für das Haushaltsgesetz soll die alleinige Entscheidungsgewalt jedoch  
26 bei den Abgeordneten bleiben.
- 27 Abstimmungsalternativen:  
28 Version A) - die Abschaffung des Zustimmungsquorums. Es soll die Mehrheit der  
29 Abstimmenden entscheiden, bei Verfassungsänderungen muss eine 2/3 Mehrheit  
30 notwendig sein.  
31 Version B) – die Senkung des Zustimmungsquorums auf 15%. Bei  
32 Verfassungsänderungen muss eine 2/3 Mehrheit notwendig sein.
- 33 - die Zusammenlegung des Termins von Wahlen und Volksentscheiden, wenn nach  
34 einem erfolgreichen Volksbegehren in den folgenden 8 Monaten eine  
35 brandenburgweite Wahl stattfindet.  
36 - eine Pflicht zur Durchführung von Volksentscheiden bei Verfassungsänderungen  
37 und Privatisierungen von Landeseigentum mit landesweiter Bedeutung.  
38 - eine Absenkung des Mindestalters auf 14 Jahre.

39 Kinder und Jugendliche haben im Vergleich zu ihren erwachsenen Mitbürger\*innen  
40 deutlich weniger Möglichkeiten, an politischen Entscheidungsprozessen  
41 teilzuhaben. Deshalb fordert die GRÜNE JUGEND BRANDENBURG, dass auch speziell  
42 die Möglichkeiten für Kinder und Jugendliche gefördert werden und damit die UN-  
43 Kinderrechtskonvention umgesetzt wird. So muss in der Kommunalverfassung eine  
44 verpflichtende Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ergänzt werden. Die  
45 Kommunen müssen diese dann innerhalb der Qualitätsstandards, welche die  
46 Bundesarbeitsgemeinschaft Kommunale Kinderinteressenvertretungen entwickelt hat,  
47 umsetzen.

## Begründung

Erfolgt mündlich